

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

14.1.1932 (No. 11)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verantwortlicher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen:
Chefredakteur
C. A. M. e. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Betreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckbogen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur- und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Anmãckerfiedlungen

II.

Welche Vorteile haben solche Anmãckerfiedlungen? Zuerst muß festgehalten werden, daß es sich hier in der Hauptsache um Bauernfiedlungen handeln muß, denn hier sollen bisher landwirtschaftlich nicht genügend genutzte Flächen besser bewirtschaftet werden, um höhere Bodenerträge erzielen zu können. Bei dieser Anfiedlung von neuen Bauern — seien es nun solche, die im Dorf überzählig sind oder solche, die in die Stadt abgemwandert waren und zurückkehren wollen — ist ein wesentlicher Vorteil darin zu sehen, daß der Siedler nicht in eine fremde Gegend kommt, deren Wirtschaftsverhältnisse ihm unbekannt und un vertraut sind. Er wird also mit größerer Sicherheit wurzeln und in Wãlde in der Lage sein, seinen Betrieb wirtschaftlich zu gestalten. Es wird also weniger persönliche Überwindung brauchen, sich draußen an der schon bekannten Markungsgrenze anzufassen, als in die Fremde zu ziehen, um dort unter völlig unbekanntem Verhältnissen zu beginnen.

Hinzu kommt, daß diese Anmãcker noch eine Zeitspanne vom väterlichen Stammbetrieb unterstãtzt werden können, so daß also nicht so viele Mittel aufgewendet werden müssen, um den Betrieb in Gang zu setzen. Ebenso dürfte auch schon in den meisten Fällen vom Stammbetrieb das Wohngrundstück abgegeben werden können, so daß Kosten für den Boden nicht entstehen. Dabei dürfen wir uns nicht scheuen, auch auf der Gemartung einer Nachbargemeinde zu fiedeln, wenn es die Verhältnisse erfordern. Gerade für die Erstellung der Wirtschaftsgelãude sind die angeführten Gründe von Wichtigkeit. So können Angehörige des Anmãckers diese erstellen helfen und so den Bau verbilligen. Insbesondere, wenn eine wirtschaftliche Bauweise angewandt wird, die möglichst viel ungelernete Arbeitskrãfte einschalten läßt und wenig fremde Baustoffe erfordert.

Die Anmãckerwirtschaft kann also langsam von der Stammbauwirtschaft abgelöst werden, und wird dadurch gegen wirtschaftliche Rückschlãge gesichert sein. Das Sprichwort „Bleib im Land und nãhr dich redlich“, hat eben auch seine Bedeutung.

Vom Standpunkt des Landbaues aus betrachtet, ist eine solche Anmãckerfiedlung einem alten Bauernbetrieb gleicher GröÙe weit überlegen. 1. Kann er sich auf seinem Hofe leicht und unbehindert einrichten. 2. Hat er die Felder in aller-nãchster Nãhe des Hofes und spart dadurch ungemein viel Zeit. Er wird auch mit geringerer Gespannhaltung auskommen und auf Pferde verzichten können. Weil er mit seinen Krãften alles machen kann und keine Zeit auf Wegen ver-töbeln muß. Die unmittelbare Nãhe der Felder beim Hof hat dann aber auch zur Folge, daß Gewãchse angebaut werden können, die mehr Zeit erforderlich machen. 3. Empfiehlt jeder Landwirt außerordentlich angenehm, wenn er von der Nãhe aus nicht nur den Hof, sondern auch seine Felder übersehen kann.

Solche Anmãckerfiedlungen haben also gegenüber jeder Form einer Bauernfiedlung große Vorteile. Außerdem können solche Anmãckerstellen in jeder Gemeinde errichtet werden. Wenn wir nur 5 solcher Stellen in jeder Landgemeinde errichten, so haben wir bei 64 000 Gemeinden in Deutschland über 320 000 Anmãckerstellen. Wenn nun auch kleinere Gemeinden nicht in der Lage sein sollten, 5 Stellen zu errichten, dann muß darauf hingewiesen werden, daß große Gemeinden häufig bis zwanzig und mehr Anmãcker ansetzen könnten. Insbesondere müÙte es auf die Weise gelingen, Erwerbslose in Landgemeinden unterzubringen, die meist doch aus der Landwirtschaft stammen. Bisher nicht benutzter Boden würde dadurch besser bewirtschaftet und die Intensitãt gehoben werden. Gerade aber die Ertragssteigerung ist sehr wichtig.

Diese Siedlungsweise ist bisher noch nicht berücksichtigt worden. Ebenso sind Mittel zu solchen Zwecken nicht bereit gestanden, obwohl es hier möglich gewesen wãre, mit wenig Mitteln viel zu erreichen. Bei mãßiger Staatshilfe sind auf die Weise sehr rasch sichere Existenzen zu schaffen. Jetzt wo das Siedlungsweck mit neuer Kraft vorwãrts getrieben werden muß, müssen wir auch diese Möglichkeit ausschöpfen.

* S. Nr. 10 der „Karlsru. Ztg.“

Kein neuer französischer Gesandter in Mãnchen. Zu einer Meldung des Pariser „Journal Officiel“, wonach der französische Gesandtschaftstrãger in Mãnchen zum Gesandten erster Klasse ernannt worden ist, ist zu bemerken, daß Frankreich durch diese Ernennung keinesfalls das Generalkonsulat in Mãnchen wieder in eine Gesandtschaft umgewandelt hat. Die Ernennung ist vielmehr als eine Beförderung und Gehaltsaufbesserung anzusehen.

Hamburg will Reichszuschuß. Um den Fehlbetrag für den Hamburger Hafen zu decken, hat die Stadt um einen Zuschuß beim Reich in Höhe von 23 Millionen Reichsmark ersucht.

Letzte Nachrichten

Nach Laval wieder Laval

Das Scheitern der Konzentrationsbemühungen

WTB. Paris, 14. Jan. (Tel.) Um 1 Uhr früh (deutscher Zeit) ist das dritte Kabinett Laval gebildet worden. Ministerpräsident Laval übernimmt mit der Ministerpräsidentenprãfidentenschaft auch das Ministerium für auswãrtige Angelegenheiten. Der bisherige Landwirtschaftsminister Lardieu übernimmt für den verstorbenen Maginot das Kriegsministerium. Der bisherige Unterstaatssekretãr im Innenministerium, Cathala, wird Innenminister und der bisherige Unterstaatssekretãr im Landwirtschaftsministerium, Fould, wird Landwirtschaftsminister. Alle übrigen Ministerposten bleiben in den Händen ihrer bisherigen Inhaber.

Die Erweiterung der Regierung ist, was nach der Abgabe der Mandatsten zu erwarten war, also gescheitert. Auch Paul Boncour hat das Außenministerium abgelehnt. Laval er-hãrtete, heute nochmals mit Briand verhandelnd zu wollen. Die neue Regierung will am Dienstag vor die Kammer treten.

Das neue Kabinett findet in den meisten Pariser Blãttern eine günstige Aufnahme mit Ausnahme derjenigen Organe, die zum Ausdruck bringen, daß die Demission keinen anderen Zweck gehabt habe, als den bisherigen Außenminister Briand auszubooten. „Echo de Paris“ sagt, zweifellos wãre ein Kabinett auf verbereiteter Grundlage, außenpolitisch gesehen, wünschenswert gewesen; aber die neue Regierungsmehrheit sei solide genug, um Frankreichs Rechte energisch zu verteidigen. „La République“, das Blatt Daladiers, bezeichnet den ganzen Kabinettswchsel als eine Komãdie. Im Auslande werde man sich über einen so ausgesprochenen Mangel an Respekt vor dem Manne von Genf wundern.

Sine Aufhebung der Reparationen

Eine Rundgebung des Deutschen Industrie- und Handelstags

WTB. Berlin, 14. Jan. (Tel.) Der Deutsche Industrie- und Handelstag trat am 13. und 14. Januar zu einer Sitzung seines Hauptausschusses unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Grund (Breslau) zusammen.

Der Präsident führte in seiner Eröffnungsrede u. a. aus: Keine deutsche Regierung wird jemals in der Lage sein, mit innenpolitischen Maßnahmen das Problem zu meistern, wenn es nicht gelingt, die Hauptursache unserer Nãte zu beseitigen. Ohne endgültige Aufhebung der politischen Verschuldung Deutschlands gibt es keine Wiederherstellung seiner Kreditfähigkeit und keinen Wiederanstieg seiner Wirtschaft. Wir wissen dem Herrn Reichszankler Dank dafür, daß er dies mit aller Klarheit und Eindeutigkeit ausgesprochen hat, und vertrauen darauf, daß er in diesem Sinne handeln wird. Ich glaube, der Reichszankler kann die Überzeugung mit nach Lausanne nehmen, daß das gesamte deutsche Volk — in dieser Frage einmal einig — jedes weitere Kompromiß für das es keine reale Möglichkeit mehr gibt, ablehnt. Das Vertrauen der von uns vertretenen deutschen Wirtschaft steht jedenfalls geschlossen hinter ihm.

Die Versammlung machte sich diese Erklärung des Präsidenten einstimmig zu eigen.

Stalienischer Appell an Amerika

WTB. Mailand, 14. Jan. (Tel.) „Popolo d'Italia“ veröffentlicht unter der Überschrift „Ansprache an Amerika“ einen Artikel, in dem es u. a. heißt:

Es gibt nur einen einzigen Staat, der niemandem etwas schuldet und der Glãubiger aller ist: Das sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Daß man früher oder später zu einer Streichung der deutschen Reparationen gelangen müÙte, war bereits allgemeine Überzeugung. Deutschland hat mitgeteilt, daß es weder heute, noch morgen, noch jemals zahlen könne. Das ist die vollendete Tatsache. Als solche ist sie un-widerstãndlich. England brachte durch seinen Premierminister zur Kenntnis, daß es sich der Annahme radikaler Lösungen nicht widersehe. Frankreich findet in der noch nicht präzisieren Haltung der USA einen Grund für seine Unnachgiebigkeit. Der Schlüssel zur Lösung des Problems befindet sich also in den Händen der USA. Was tun?

Es gibt jetzt nur noch einen Weg, um aus dieser Lage herauszukommen, indem nãmlich die europäischen Staaten auf ihre gegenseitigen Stellungen als Schuldner und Glãubiger verzichten. Ist dieser erste Schritt getan, so müÙten die europäischen Staaten eine Einheitsfront der Schuldner gegenüber Amerika bilden. Nach Verzicht auf ihre Kredite könnten sie mit ruhigem Gewissen die Streichung ihrer Schulden seitens der USA fordern.

Außer den moralischen Beweggründen gibt es solche materieller Art, welche die Amerikaner veranlassen müÙten, selbst die Schuldrechnung zu schließen.

Das Befinden des ehemaligen deutschen Kaisers. Wie im Gause Doorn bekanntgegeben wird, hat der ehemalige deutsche Kaiser von seiner kãrzlichen Erkrankung eine hartnãckige Bronchitis zurückerhalten. Ihr Verlauf sei fieberfrei, aber sie lasse es doch geboten erscheinen, in der nãchsten Zeit noch Vorsicht walten zu lassen.

Die Erzkinigin von Griechenland †. Die frãhere Königin Sophie von Griechenland, eine Schwester Wilhelms II., die sich seit einigen Wochen in der C. v. Noordenfjens Klinik in Frankfurt a. M. aufhielt, ist am Mittwoch gestorben. Die Königinmutter, die Witwe des Königs Konstantin, litt an einem langwierigen Magenleiden und wurde vor einiger Zeit in Frankfurt operiert.

* Lausanner Vorfpiel

Das englische Kabinett scheint diesmal seit entschlossen zu sein, die Fehler der beiden letzten Jahrzehnte zu vermeiden und eine Politik zu treiben, die wirklich und auf lange Sicht hinaus den britischen Interessen und gleichzeitig auch den Interessen der Weltwirtschaft genügt. An dem Tage, als Großbritannien mit Frankreich und Rußland die berüchtigte „Entente“ bildete — ein Bündnis, dessen Spitze sich gegen die Mittelmãchte richtete —, hatte es den Grundgedanken der „splendid isolation“, der ihm frãher so viele Triumphe eingetragen hatte, verlassen und sich Frankreich verschrieben. Diese Abhängigkeit von Frankreich ist bis noch vor kurzem bestehen geblieben, und erst jetzt sieht es so aus, als ob England wieder zu einer wahrhaft selbständigen Politik zurückkehren würde.

Das zeigt sich vor allem auf dem Gebiet der Schuldenfrage. Allerdings ist die Situation für Großbritannien hier derartig, daß ein weiteres Segeln im französischen Fahrwasser einfach ein Urding wãre. Denn wie liegt die Sache eigentlich? Sie liegt so, daß Frankreich nichts und England alles zu befürchten hat. Deutschland hätte seine Reparationen an Frankreich in Franken, an England in Pfund Sterling zu zahlen. Beide Staaten, Frankreich und England, müÙten ihre Schulden an Amerika in Dollar bezahlen. Nun sehe man sich einmal die Baluta der beiden Staaten an! Man erkennt sofort, daß England bei diesem Geschãft der Dumme ist. Denn Frankreich verliert bei der Umrechnung vom Franken in den Dollar nichts, England dagegen bei der Umrechnung des Pfund Sterling 30 Proz. Das heißt: die Summe, die England an Amerika abbezahlen hat, vergrößert sich um beinahe ein Drittel.

Es ist klar, daß die britische Politik alles in Bewegung setzt, um das ganze Schuldenproblem, das der Reparations-schulden und der interalliierten Schulden, aus der Welt zu schaffen. Denn selbstverstãndlich tritt England nur deshalb für die Liquidierung der Reparationen ein, weil es unmittelbar danach auch die Streichung der inter-alliierten Schulden erwartet. Gewisse Nachrichten aus Amerika haben diese Erwartungen offenbar noch ganz besonders genãhrt. Nach diesen Nachrichten würde Amerika, wenn Europa sich in der Reparationsfrage in großzügiger Art einigt und ernstlich an die Abrüstung herangeht, auch seinerseits generös sein und die interalliierten Schulden streichen. Wir wissen nicht, was an solchen Meldungen Wahres ist. Offiziell hat Amerika bisher ja die Beteiligung an der Lausanner Konferenz abgelehnt.

London hat inzwischen alles versucht, um sich mit Frankreich direkt auf einer vernünftigen Linie zu einigen. Es haben sehr lange und sehr eingehende Besprechungen stattgefunden. Erfolgt ist eine Einigung bis jetzt nicht. Ja, es wird sogar schon offiziell von einem regelrechten „Scheitern der Verhandlungen“ gesprochen. Das geschah natürllich nur deshalb, weil Frankreich bei seinem Standpunkt beharrte. Dieser Standpunkt ist bekannt: Bewilligung eines zweijährigen Moratoriums für Deutschland unter Aufrechterhaltung des Young-Plans, und das heißt unter Weiterzahlung der ungezahlten Annuitãten.

Wie sich England die Lösung gedacht hat, geht aus einer Rede, die gestern Layton, der Londoner Sachverständige im Vãfeler Ausschuß gehalten hat, nur mit teilweiser Klarheit hervor. Dennoch ist die Rede überaus bemerkenswert.

Layton ging von der Erkenntnis aus, daß der Zusammenbruch des ganzen Weltwirtschaftssystems zu befürchten ist, wenn nicht schnell gehandelt wird. Die Reserven der deutschen Reichsbank seien nur noch sehr gering, und ihre Fähigkeit zu Rückzahlungen nehme im schnellen Tempo ab, so daß eine völlige Zerstörung des Wirtschaftslebens drohe. Ein Wiederaufbau der Wirtschaft sei aber nur dann möglich, wenn die Wahrscheinlichkeit, daß die jetzige Lage wiederkehrt, vollkommen beseitigt wird. Hier liege die Wurzel des ganzen Problems, und deshalb sei es auch völlig zwecklos, jetzt vorläufige Regelungen zu treffen. Ein zweijähriges Moratorium sei sogar noch schlimmer als ein einjãhriges, weil dann eben die Ungewißheit noch länger dauere.

Soweit vermögen wir vom deutschen Standpunkte aus mit Herrn Layton völlig übereinzustimmen. Was er dann gesagt hat, fordert zur Kritik heraus. Denn er wandte sich gegen die Auffassung, daß die Gesamtheit aller Kriegsschulden reiflos getrichen werden müÙte. „Etwas werde auch Deutschland zahlen können, wenn ein Plan aufgestellt werde, der einen fãhrenden Einfluß während einer Depressionsperiode nicht ausübe.“

Wenn Herr Layton sich wirklich so ausgedrückt hat, dann bedeuten diese seine Sätze eigentlich einen Widerspruch zu seiner eingangs geäußerten Meinung. Mit einem Plan, der Deutschland doch wieder von neuem belastet — sei es auch mit allerlei Kautelen für die Zeiten der Depression — würde ja gerade das Ziel, das auch Herr Layton im Auge hat, nämlich die Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens, nicht erreicht werden. Denn welches Vertrauen sollte man finanziell und wirtschaftlich einem Deutschland entgegenbringen, das doch mit Tributlasten belastet bleibt, mögen diese Lasten selbst auch im Vergleich zum Young-Plan wesentlich reduziert und modifiziert sein?

Allen Anschein nach will die englische Politik in Lausanne unter allen Umständen eine endgültige Lösung der Reparationsfrage herbeiführen; aber sie denkt sich diese Lösung doch noch immer in der Form, daß Deutschland weiterhin Zahlungen zu leisten hat. Und das ist es gerade, was so gefährlich ist. Natürlich ist die englische Auffassung immer noch wesentlich entgegengesetzter als die Frankreichs. Was Italien betrifft, so ist bekannt, daß auch Mussolini von Lausanne eine endgültige Lösung des Reparationsproblems erwartet.

Interessant ist der Schlußsatz aus der Rede Laytons: er lautet, daß der wirtschaftliche Aufbau ohne eine französisch-deutsche Vereinbarung unmöglich sei, daß es aber zu einer solchen Vereinbarung niemals kommen werde, wenn sie nicht mit Zustimmung der Hitler-Partei in Deutschland erfolge.

Die Durchführung der Notverordnung

Preisfestsetzung für Elektroinstallations- und Schneiderarbeiten

In einer Besprechung zwischen dem Reichskommissar für Preisüberwachung und Vertretern des deutschen Elektroinstallationsgewerbes wurde vereinbart, daß die Richtpreise um 10 Prozent mit sofortiger Wirkung gegenüber den im Dezember 1931 veröffentlichten Richtpreisen gesenkt werden. Die Preis-höhe richtet sich nach der tatsächlich aufgewendeten Zeit.

Die Besprechungen des Reichskommissars mit Vertretern des Schneiderhandwerks haben zu dem Ergebnis geführt, daß der Preisberechnung die Effektivpreise zugrunde gelegt werden, die sich aus den Gestehungskosten und freiem Wettbewerb ergeben. Bei Stofflieferungen auf Grund einer Kollektion wird der im Stoffpreis enthaltene Rabatt von 25 Prozent und 20 Prozent auf 15 Prozent ermäßigt. Der bisherige Gewinnzuschlag auf Selbstkosten wird von 20 und 30 Prozent auf 20 Prozent herabgesetzt.

Strompreisfestsetzung bei der Preussischen Elektrizitäts-A.G.

Die Preussische Elektrizitäts-A.G. Berlin und die ihr angeschlossenen Stromverteilungsunternehmen haben dem Reichskommissar für Preisüberwachung ihre Unterlagen über die Strompreisgestaltung vorgelegt. Die neuen Preisfestsetzungen betreffen fast alle Gruppen der Stromverbraucher, in erster Linie den Verbrauch im Haushalt und im Kleingewerbe sowie in der Landwirtschaft.

Neuer Plan zur Regelung der Treibstoffwirtschaft

Von den Berliner zuständigen Stellen wird gegenwärtig ein Plan zur Neuordnung der deutschen Treibstoffwirtschaft erörtert. Nach diesem Plan soll eine Einheitsmarke für den deutschen Treibstoff zu einem Einheitspreis festgesetzt werden in Verbindung mit einem Lizenzsystem für die ausländischen Liefergruppen. Die Zusammenfassung des Einheitsbrennstoffes soll so sein, daß auf Benzin 70 Proz., auf Methyllkohol 20 Proz., auf Athylalkohol 10 Proz. und auf Benzol ebenfalls 10 Proz. entfallen. Man will also Spiritus in größerem Umfang verwenden, was einmal für die Landwirtschaft von Bedeutung wäre, und das Branntweinmonopol mit seinen hohen Vorräten entlasten würde. Im Zusammenhang mit diesem neuen Projekt wird auch an eine Reorganisation des Verteilungsapparates der deutschen Treibstoffwirtschaft gedacht, dessen Kosten fast 50 Proz. des Benzinspreises ausmachen.

Ein Vierteljahr Elarek-Prozess. Der Elarek-Prozess dauert nunmehr bereits ein Vierteljahr, ohne daß ein Ende abzusehen ist. Man rechnet mit einer Prozessdauer bis Mai oder Juni dieses Jahres.

Badisches Landestheater

Napoleon oder Die hundert Tage

Drama in fünf Aufzügen (14 Bilder) von Chr. D. Grabbe für die Bühne bearbeitet und in Szene gesetzt von Felix Baumbach

Die Gründe, die zur Aufführung von Grabbes „Napoleon“ bestimmten, dürften verschiedener Art sein. Am wenigsten bestimmend war wohl die Erwägung, zwei früheren Inszenierungen Grabbescher Werke — das Lustspiel mit dem langen Titel und das um Don Juan bereicherte Faust-Drama — eine dritte nachzufolgendes aus Ehrfurcht vor Grabbe. Offensichtlich hatte Felix Baumbach die Theaterwirksamkeit des Grabbeschen „Napoleon“ erkannt, und weiter dürfte man an entscheidender Stelle wohl auch eingesehen haben, daß damit gegenwärtigen politischen Nüchternen in ähnlichem Sinne entsprochen werden konnte wie früher entgegengekehrt.

Aber im Grunde können uns die Gründe gleichgültig sein, wenn nur das Theater die Aufführung zu einem Erfolge macht. Und hier scheint wirklich ein Theatererfolg vorzuliegen, der zugleich zu einem Kassenerfolg sich auszuweiten dürfte. Das Hauptverdienst daran hat zweifellos der Oberspielleiter Felix Baumbach. Ausdrücklich ist er auf dem Titel nicht nur als Regisseur, sondern auch als Bearbeiter genannt. Die Bearbeitung ist bei Grabbes „Napoleon“ eine Notwendigkeit, die die unerlässliche Bedingung zur Aufführung ist. Baumbach hat sich dieser Bearbeitungsaufgabe mit großem Geschick und mit deutlicher Rücksicht auf die Bühnenwirkung entledigt. Er hat entschlossen zusammengestrichen, umgestellt und geändert in einer Art, daß das Wesentliche erhalten blieb, Grabbescher Extrabagatellen eingeschränkt wurden und dadurch bei Bewahrung der Lebendigkeit Bühnenwirksamkeit gesichert blieb. Man kann natürlich bei so zahlreichen Kürzungen und Umstellungen un schwer den klügeren Kritiker spielen, doch im Grunde ist der Erfolg entscheidend, und dieser steht auf Baum-

Sür die Wiederwahl Hindenburgs Reichspräsidentenwahl am 13. März?

Am Mittwoch haben in Berlin in parlamentarischen Kreisen Besprechungen darüber stattgefunden, wie die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg am zweitmäßigsten einzuleiten sei. Man will die Dinge aber nicht überstürzen, sondern vorerst eine Beruhigungspause eintreten lassen. Es handelte sich um rein private Besprechungen interessierter Politiker, also nicht etwa um Verhandlungen der Parteien. Dabei ergab sich, wie bereits bei den Besprechungen am Dienstag, Einigkeit darüber, daß die Aufstellung und Wahl Hindenburgs als gemeinsamer Kandidat des ganzen Volkes ein erstrebenswertes Ziel auch im Hinblick auf die Außenpolitik sei. Gleichzeitig kam jedoch zum Ausdruck, daß die Parteien keinen Schritt in dieser Richtung unternehmen könnten, weil dadurch der Erfolg nur gefährdet werden könnte. Man würde es natürlich begrüßen, wenn andere Kreise, die parteimäßig nicht gebunden sind, die Aufstellung der gemeinsamen Kandidatur Hindenburgs übernehmen. Die „Germania“ schreibt dazu: Je nach dem Ausgang dieses Versuches wird es unter Umständen notwendig werden, den Reichstag früher einzuberufen, als es bisher vorgesehen ist, damit er den Termin für die Präsidentschaftswahl festsetzen kann. Als Termin wird vorläufig der 13. März genannt.

Die jungdeutsche Bewegung hat beim Reichsinnenminister einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens eingereicht, die Amtsdauer des Reichspräsidenten v. Hindenburg auf weitere sieben Jahre zu verlängern. Folgendes Gesetz soll einem Volksentscheid zugrunde gelegt werden: „Unter Ansetzung der Bestimmungen der Reichsverfassung, insbesondere der Artikel 41 und 43, wird die Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg und Hindenburg um weitere sieben Jahre verlängert.“ — Politische Kreise rechnen jedoch nicht damit, daß das Volksbegehren zur Auswirkung kommt, schon deshalb nicht, weil bis zur Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen die Volkswahl bereits durchgeführt sein wird.

Eine englische Stimme

W.D. London, 14. Jan. (Tel.) Der Berliner Korrespondent der „Times“ sagt: Wenn Präsident von Hindenburg im Alter von 84 Jahren nach einem Leben, das dem Dienste für den Staat gewidmet war, sich bereit erklärt, wieder für die Präsidentschaft zu kandidieren, so würde dies ein patriotisches Opfer und nicht ein Zugeständnis an politische Minderheiten sein. Der ganze Sinn seiner Wiederwahl würde darin liegen, daß sie eine Befestigung von Einigkeit wäre.

Abfertigungskonferenz und moderne Kriegsführung

Genf, 14. Jan. (Priv.-Tel.) Am Vorabend der Abfertigungskonferenz veranstaltete die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit am 28. und 29. Januar 1932 in der Salle d'Alphée in Genf eine internationale Expertenkonferenz, welche die neuesten Erfindungen der Wissenschaft und Technik im Dienste des Krieges behandeln wird. Sachverständige der Physik, Bakteriologie, Luftschiffahrt aus England, Frankreich, der Schweiz, Deutschland, Schweden haben Vorträge übernommen.

Waffenfunde in einem Wiener Arbeiterheim

Wien, 14. Jan. (Tel.) Wie die „Wiener N. N.“ über die Aushebung des Depots von Waffen und Munition im Ottaringer Arbeiterheim erfahren, wurde festgestellt, daß die Wiener Waffenfabrik Spital & Zipfl im letzten Jahre rund 10 000 Handgranaten für den republikanischen Schussbund geliefert hat. 5000 dieser Handgranaten wurden bereits im Frühjahr 1931 in einem sozialdemokratischen Lokal beschlagnahmt. Wo die anderen 5000 Handgranaten sich befinden, ist noch unbekannt. Die 150 beschlagnahmten Glasballons wurden im Militärtechnischen Institut untersucht. Das gesamte Material wurde der Staatsanwaltschaft Wien übergeben.

Das Urteil im Prozess für Drest-Litovsk. Vor dem Bezirksgericht in Warschau wurde gegen die früheren Abgeordneten der zentralen Opposition das Urteil verkündet. Sie wurden zu zwei bis drei Jahren schweren Kerker verurteilt. Der ehemalige Ministerpräsident Witos erhielt 1 1/2 Jahre schweren Kerker. Das Gericht hat es als erwiesen angesehen, daß die Mitglieder der Zentralkomitee der Regierung mit illegalen Mitteln hätten stürzen wollen. Es wird ihnen ferner zur Last gelegt Untergrabung des Ansehens der Behörden durch tendenziöse Kritik usw.

Großes Diamantensfeld im ehemaligen Deutsch-Ostafrika entdeckt. Wie dem Mineralkommissar in Dar-es-Salaam gemeldet wurde, ist ein Diamantenvorkommen entdeckt worden, das angeblich das größte in Afrika sein soll.

Die badischen Aktiengesellschaften im Jahre 1931

Bearbeitet vom Badischen Statistischen Landesamt

Zeit einer Reihe von Jahren veröffentlicht das Badische Statistische Landesamt jeweils eine Übersicht über die Zahl und die Entwicklung der badischen Aktiengesellschaften im vergangenen Kalenderjahr. Diese statistische Darstellung gibt zugleich einen beachtenswerten Ausschnitt aus dem wirtschaftlichen Leben unserer badischen Heimat in dem genannten Zeitraum. Das Jahr 1931 war nun, mehr noch als seine Vorgänger, ein Jahr erster wirtschaftlicher Krisen. Es kann daher nicht überraschen, daß die Zahl der badischen Aktiengesellschaften, die seit 1924 mit einer kurzen Unterbrechung im Jahre 1928 ständig gestiegen ist, im vergangenen Jahre einen weiteren Rückgang erfahren hat: sie ist von 424 zu Jahresbeginn auf 403 Gesellschaften am Schluß des Jahres gefallen. Einem Zugang von 7 neuen Gesellschaften steht ein Abgang von 28 Gesellschaften gegenüber.

Aber auch bei diesen 7 neuzugekommenen Aktiengesellschaften handelt es sich nur in 2 Fällen um Neugründungen von Unternehmen. Von den übrigen Gesellschaften bestand eine schon früher als Aktiengesellschaft und hat im letzten Jahr lediglich ihren Sitz nach Baden verlegt; die vier anderen haben ihre bisherige Gesellschaftsform in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Dem Geschäftsbetrieb nach sind drei dieser Gesellschaften Handelsunternehmen, zwei gehören dem Nahrungsmittelgewerbe und je eine der chemischen und der Kaufmannsindustrie an.

Wie sehr die Wirtschaftskrise auf die badischen Aktiengesellschaften eingewirkt hat, geht zum Teil auch aus dem Schicksal der 28 aufgelösten Gesellschaften hervor. Über nicht weniger als 9 Gesellschaften wurde das Konkursverfahren eröffnet. 14 traten in Liquidation, 3 wurden von Amts wegen gelöscht, eine Gesellschaft ging im Wege der Fusion auf eine andere Aktiengesellschaft über und eine Gesellschaft verlegte ihren Sitz nach Außerbaden. Von diesen aufgehobenen Aktiengesellschaften entfielen 13 auf den Handel, 6 auf die Metall- und Maschinenindustrie, je 2 auf die Holz- und Nahrungsmittelindustrie, je 1 auf den Bergbau, auf die Stein-, chemische und Textilindustrie, sowie auf das Verkehrswesen. Bemerkenswert ist übrigens, daß die meisten der aufgelösten Gesellschaften Nachkriegsgründungen waren, nur 4 bestanden schon vor 1914.

Noch klarer als der verhältnismäßig hohe Anteil der Konkursöffnungen an den Auflösungen lassen die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften im letzten Bilanzjahr die nachteiligen Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise erkennen. Von insgesamt 325 Gesellschaften, deren Bilanzen für 1930 bzw. 1930/31 bisher bekannt geworden sind, konnten nur 105, also nicht einmal ein Drittel, eine Gewinnausschüttung vornehmen. 147 Gesellschaften haben sogar mit Verlust abgeschlossen, die restlichen 73 Gesellschaften erzielten zwar einen bilanzmäßigen Gewinn, mußten jedoch von einer Dividendenverteilung absehen. Leider muß angenommen werden, daß das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Gewinn- und Verlustgesellschaften, wenn sämtliche Bilanzen vorliegen, sich noch mehr zu Ungunsten der ersteren verändern wird, da erfahrungsgemäß die Gesellschaften, die ihre Bilanzen verspätet herausbringen, vorwiegend solche sind, die mit Verlust gearbeitet haben.

Der Rückschlag, den unsere badischen Aktiengesellschaften im Krisenjahr 1931 erlitten haben, zeigt sich ferner überzeugend, wenn man die Geschäftsergebnisse jener Gesellschaften, die im Jahre 1930 eine Dividende verteilt haben, mit den Ergebnissen derselben Gesellschaften im letzten Bilanzjahr vergleicht; ebenso tritt er auch bei der Gesamtsumme, die für die Dividendenverteilung zur Verfügung stand, deutlich hervor.

Zunächst ergibt sich, daß von den 134 Gesellschaften nur noch 105 die Dividendenverteilung beibehalten konnten, 17 hatten zwar mit einem Gewinn abgeschlossen, schütteten aber keine Dividende aus und bei 12 hat sich der vorjährige Gewinn in einen Verlust verwandelt. Des weiteren ist aber auch der Gesamtgewinn (einschließlich Gewinnvortrag) von rund 44,2 Millionen Reichsmark auf 34,4 Millionen Reichsmark zurückgegangen. In den einzelnen Dividendengruppen wirkte sich der zahlenmäßige Rückgang der dividendenverteilenden Gesellschaften folgendermaßen aus: Bis zu 5 Proz. verteilten im letzten Jahr 27 Gesellschaften, im Vorjahr 28; über 5—10 Proz. 66 gegenüber 86; über 10—15 Proz. 9 gegenüber 17; über 15 Prozent 3. Hier blieb die Zahl gegenüber dem Vorjahr unverändert. Man sieht also auch hier den wirtschaftlichen Rückgang; er betraf in der Hauptsache solche Gesellschaften, die im Vorjahr eine Dividende zwischen 5 und 15 Proz. ausschütteten.

Das Verbot des „Angriff“ aufgehoben. Der Reichsinnenminister hat auf Grund der Beschlüsse des „Angriff“ das Verbot dieser Zeitung aufgehoben. Das preussische Innenministerium will jedoch, wie die „Voss. Zig.“ berichtet, vom dem in der Presseverordnung der Obersten Landesbehörde eingeräumten Recht Gebrauch machen und wegen der Aufhebung des Verbots die Entscheidung des Reichsgerichts anrufen.

bachs Seite. Was ich wirklich für verfehlt halte und auch vom Gesichtspunkt der Bühnenwirksamkeit aus für verfehlt halte, ist die Bearbeitung des Gardenergangs, den Baumbach als melodramatisches Bild an den Schluß des Werkes stellte.

Hier scheint die Rücksicht auf die so schwer abschätzbare Bühnenwirksamkeit dem erfahrenen Bühnenkennner einen Streich gespielt zu haben. Zugleich wohl aber auch das Grabbesche Werk selbst, das durch seinen epischen Charakter einer Aneinanderreihung impressionistischer Augenblicksbilder einer historischen Epoche durchaus filmisch wirkt; im Filme würde auch Baumbachs Schluß zweifellos zu besserer Wirkung kommen, wie überhaupt der Film ein weit besseres Reproduktionsmittel des Werkes wäre als das Theater. Es bietet wohl sehr viel zu schauen, ist voll von Ereignissen und enthält auch sicherlich viel interessante und packende Episoden. Aber ein Drama mit klar gezeichneten Charakteren und Problemen, die in geschlossener Erzählung zu irgendwelcher Lösung geführt werden, ist „Napoleon“ nicht. Dazu war Grabbe, bei aller genialischer Begabung im ganzen, gar nicht imstande.

Was Baumbach für das Theater daraus gemacht hat, ist allen Lobes wert, und ebenso, wie er die unendliche Schwierigkeiten verursachende Aufführung gestaltet hat. Es ist klar, daß er trotz des Aufgebotes des gesamten Schauspielpersonals zumeist in mehrfacher Besetzung und des verstärkten Chors die zahlreichen Massenfiguren nicht mit jener impressionistischen Realistik hat erscheinen lassen können, wie sie in der Dichtung vorausgesetzt sind und wie sie eben nur ein Filmregisseur aufziehen kann. Daß er aber trotz dieser unabwehrbaren Demünnungen doch nie kleinlich und grotesk wirkte, daß er immer, was entscheidend ist, die Bewegung lebendig erhielt, den Gesamtcharakter bewahrte, ist ein überaus großes Verdienst der Aufführung, das dem Spielleiter hoch anzuschreiben werden muß. Selbstverständlich war ihm dabei von größtem Nutzen die technische Hilfe Rudolf Walms und die Bühnenbildgestaltung Torsten Drehts. Besonders günstig für die rasche Aufeinanderfolge der vierzehn Einzelbilder war

die Bühnenteilung in Vorder- und Hinterbühne durch einen imposanten Säulentrakt, wodurch mittelst Kulissen- und Bildbehängen leicht und rasch der Spielraum nicht nur verändert, sondern auch ausgedehnt und eingeschränkt werden konnte. Die Einzelbilder selbst waren meist von harter Eindringkraft und erhöhten ihre Farbenvirkung durch die von Margarete Schellensberg bestimmten zahlreichen historischen Kostüme.

Es ist bei einer solchen Fülle von Darstellern nicht möglich, jeden einzelnen mit Namen anzuführen. Jedemfalls zeigten auch die darstellerischen Einzelleistungen, mit welcher ungeheuren Arbeit und Sorgfalt die Aufführung vorbereitet worden war, wobei es wirklich nebenbei ist, daß in der Aufregung des ersten Abends noch nicht alles klappte und Baumbachs ordnende und befehlende Stimme hinter dem Vorhange manchmal besser verstanden wurde als die der Einzeldarsteller auf der Bühne bei hodgezogenerm Vorhange.

Stefan Dahlen war in Maske, Haltung und Stimmtönen als Titelheld sehr überzeugend und wußte auch Flug in geeigneten Momenten das Brüdige, Zerziewne des Charakters wiederzugeben. Hugo Böker als König Ludwig XVIII. wußte gut Maß zu halten, so daß der lebens- und eisenstrenge Monarch nicht zum würdelosen Hanswurst wurde. Besonders stark wirkte die reife Kunst von Melanie Erhardt, die trotz der etwas zu ältlichen Maske die nervöse, aber kluge Herzogin von Angoulême zu einer überraschenden Persönlichkeit eindrucksvoll gestaltete. Weiter fielen auf Friedrich Bräuer, sowohl als Schneidermeister wie als Wellington, und Hermann Brand als wider Jakobiner Foube. Außerdem aber verdient ganz besondere Erwähnung Bera Kraker als Madame de Serre; wie sich die Künstlerin schon im „Weihen Röhl“ bewährt hat als Anführerin des Jungfernbundes, so hat sie auch diesmal ein Talent der Maske und ihrer Beherrschung bis zum Augenaufschlag bewiesen, das schlichthin bewundernswert ist.

Die übrigen Darsteller müssen sich am Generalbank genügen lassen.

Prof. Dr. Karl Holl

Wie bekämpft man die Brände?

Lösche mit Asche! — Rasche Hilfe im Haushalt gegen Feuersnot!

Erhitze man Fett in einer Pfanne stark auf dem Gasherd, so entzündet sich das Fett zuletzt von selbst und brennt in der Pfanne lichterloh. Will man nun die Pfanne mit Wasser löschen, so springt das Fett unter starkem Knistern nach allen Seiten. Man kann dabei blind werden. Das brennende Fett kann auch auf die Kleider springen und sie entzünden. So sind leider schon viele arglose Frauen unter Hüllenschürzen verbrannt. Überschüttet man das brennende Fett aber mit Asche von Holz oder Bricketts, so wird der Brand sofort ohne jede Gefahr gelöscht. Brennendes Fett, Erdöl, Benzin, Bodenwachs, Teer können überhaupt nicht mit Wasser gelöscht werden, weil diese Stoffe auf dem Wasser schwimmen und dabei fortbrennen. Die Asche dagegen löscht alle Arten von Bränden schnell und sicher! (Schon mit einem Kaffeelöffelchen voll Asche kann man zur Kleinen Probe eine brennende Kerze sofort löschen). Die Erfindung des Verfassers ist sehr einfach und besteht in folgendem: Man füllt einen Melchier von etwa 10 Liter Inhalt (den man in Warenhäusern schon zu 50 Pf. bekommt), mit Asche und stellt den Eimer unter die Anrichte in der Küche, damit er nicht füllt und man ihn jederzeit sofort zur Hand hat. Reicht nun je ein Brand aus, so kann man mittels des Eimers augenblicklich so viel Asche auf das Feuer schütten, daß die Brandstelle davon ganz bedeckt ist. Die Asche schließt nun dem Feuer die Luft ab, und da sie selbst nicht brennen kann, so erlischt der Brand wie durch einen Zauber Schlag im Handumdrehen. Die Asche ist also ein unfehlbares und unschätzbare Mittel, sich beim Ausbruch eines Brandes selbst zu helfen! Diese Selbsthilfe des Publikums ist von größter Wichtigkeit; denn dann kann man die Brände schon im Keim ersticken; die Feuerwehre braucht nicht wegen jeder Bagatelle auszurücken; der Ausbruch vieler Großfeuer wird so verhindert und viel Geld und Gut und kostbare Menschenleben werden gerettet.

Der Verfasser hatte die Ehre, seine Erfindung einem Fachmann allerersten Ranges, nämlich Herrn Branddirektor Müller, Heidelberg, dem langjährigen 1. Vorsitzenden des Badischen Feuerwehverbandes, im Hof vorzuführen. Im Handumdrehen wurden starke Entzündungsbrände von Erdöl, Benzin, Spiritus total gelöscht. Herr Müller erklärte: „Das ist eine gemeinnützige, sehr weittragende Erfindung. Mit reichlich Asche in einem Eimer kann man alle kleineren Brände sofort und radikal löschen. Da die Asche nichts kostet, sollte diese notwendige Aschenabwehr in jeder Familie schon zum Schutze des Lebens aller stets vorrätig sein!“

Die Hausfeuerpritze

Ein Hauptmittel der Brandbekämpfung besteht darin, daß man das Feuer stets überwand. Schon im Funken muß man das Feuer bekämpfen! Hier handelt es sich um Minuten, ja Sekunden, sonst wird das Feuer der Herr und der Mensch sein Sklave. Sucht bei Rauch, Brandgeruch, Feuerschein, sofort die verdächtige Stelle auf. Ersticht ein Entzündungsfeuer blitzschnell mit Asche. Können ihr es damit nicht bewältigen, so benutzt sofort die Hausfeuerpritze. Diese besteht aus einem Gartenschlauch, der stramm über den Wasserhahn der Küche geht. Am anderen Ende führt man ein Metallrohr zum Spritzen fest ein. Den Schlauch nimmt man so lang, daß man von der Küche aus einen Brand noch in allen Zimmern eines Stadtwertes löschen kann. Vor dem Gebrauch schiebt man den Schlauch mit der rechten so fest als möglich über den Hahn. Beim Öffnen des Hahns und genügendem Druck kann man bis zu 10 Meter weit und 5 Meter hoch spritzen. Damit selbst Kinder den Brandlöcher auf den Hahn aufsteigen können, bindet man dort um das Schlauchende eine sehr dicke, 70 Zentimeter lange Schnur recht fest. Der Schlauch wird über den Hahn gehoben und über ihm mit der Schnur zum Zusammenbinden des zusammengeordneten Schlauches. Dieser wird unter der Anrichte der Küche neben dem Melchier aufbewahrt. Wenn es brennt, hat man im ganzen Haus eine ausgezeichnete Feuerpritze sofort gebrauchsfähig zur Verfügung. Damit kann man schon starke Entzündungsbrände löschen. Der Gartenschlauch dient auch als Gartenschlauch, zum Spritzen des Hofes, des Bürgersteigs und Autos, und umgekehrt kann jeder Gartenschlauch als Brandlöscher benutzt werden. Auch ist für größere Betriebe und Schulen empfehlenswert, einen Hausfeuerlöschapparat möglichst rasch erreichbar zu haben.

Großfeuer können natürlich nur durch unsere so schlagfertigen Feuerwehren mit ihren neuzeitlichen Hilfsmitteln (Motorpritzen usw.) gelöscht werden.

Die schnellsten Eisenbahnzüge

Mit Beginn des Sommerfahrplans 1932 werden in Deutschland einige Zuggeschwindigkeiten wesentlich erhöht werden. Darunter befindet sich z. B. der Fernschnellzug 21 Köln—Düsseldorf—Essen—Berlin, der diese Strecke in 7 Stunden 8 Min. durchfährt. Auf der 176 Kilometer langen Strecke Hannover—Düsseldorf erreicht dieser Zug eine Geschwindigkeit von 90,7 Kilometer in der Stunde. Bis vor kurzem standen die Fernschnellzüge Berlin—Hamburg hinsichtlich der Geschwindigkeit im allerersten Ränge; sie benötigten für die 286 Kilometer lange Strecke je 200 Minuten, also 86 Kilometer in der Stunde. Der Harz-Express München—Berlin (677 Kilometer) hat eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 75,5 Kilometer. Der Rheingoldzug Köln—Düsseldorf—Luzern (912 Kilometer) hat eine Durchschnittsgeschwindigkeit von mehr als 80 Kilometer. Vor dem Krieg besaßen die Vereinigten Staaten die bei weitem schnellsten Züge der Erde. Der schnellste Zug der Welt ist der „Flying“ Cheltenham-Express. Bis vor Jahresfrist verkehrten die schnellsten Züge des europäischen Festlandes auf der französischen Nordbahn. Der gleiche d'or legt die 299 Kilometer lange Strecke von Paris nach Calais in 175 Min. mit einer Geschwindigkeit von 97,3 Kilometer zurück.

Kleine Chronik

Im Dezember war aus Solingen der 45 Jahre alte Sparfassenrentant Ernst Knecht geflüchtet, nachdem er etwa 50 000 Reichsmark unterschlagen hatte. Der Deszendant hat sich nun in der Nacht zum Dienstag in Berlin dem Polizeipräsidium gestellt. Er hatte nicht einen Reichspfennig mehr in der Tasche.

Bei dem Großfeuer im Zirkus Sarrazani in Antwerpen erlitten zwölf Eisenkisten schwere Brandverletzungen. Der Sachschaden wird auf vier Millionen Franzos. geschätzt.

Studenten stürten in Wien einen Tanzbühnenkampf und forderten, die gestiegenen Geldpreise den Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen.

Der blaue Diamant und der Brillanten-Steinbruch des Hauses Mittelsbach, die am 21. Dezember bei der Versteigerung der bayerischen Kronjuwelen in London nicht verkauft worden waren, sind dem ehemaligen bayerischen Königshaus wieder zugeföhrt worden.

Der über 1 1/2 Kilometer lange Staudamm am Indus bei Sukkur (Präsidentenschaft Bombay), der das größte Bewässerungssystem der Welt verwirklicht, wurde am Mittwoch vom Kaiserin eingeweiht.

Badischer Teil

Karnevalistische Veranstaltungen für 1932

Der Landtagsabgeordnete Vergöke hat unterm 30. Dez. 1931 an die badische Regierung die Anfrage gerichtet, ob sie im Hinblick auf die schweren Kisten der Zeit bereit sei, sämtliche karnevalistische Veranstaltungen im Jahre 1932 zu verbieten.

Der Minister des Innern antwortete jetzt hierauf, daß er bereits durch Erlass vom 24. Oktober 1931 hinsichtlich der Fastnachtstribunen für das Jahr 1932 folgende Anordnung getroffen hat:

1. Karnevalistische Veranstaltungen jeglicher Art, insbesondere Masken- und Kostümbälle, sind auf Grund der §§ 30, 60 und 63 des Polizeistrafgesetzbuchs vor dem 16. Januar 1932 und ebenso nach dem Fastnachtstribunen gänzlich verboten. Diefem Verbot unterliegen auch private Veranstaltungen, die in Wirtschaftsräumen oder anderen, sonst der Öffentlichkeit zugänglichen Räumen stattfinden.

2. Auf Grund des § 366 Ziffer 10 und § 360 Ziffer 11 des Polizeistrafgesetzbuchs wird jedes Fastnachtstreiben auf öffentlichen Straßen und Plätzen untersagt, also insbesondere alle Faschings-Auf- und Umzüge, sowie jedes faschingsartige Auftreten von Personen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen.

Nicht verneht sind die in bestimmten Teilen des Landes üblichen althergebrachten (historischen) Gebräuche besonderen lokalen Charakters, so sie sich in der Zeit vom Donnerstag vor Fastnacht bis Fastnachtstribunen abspielen. Auch soll sich das Verbot nicht auf Kinder unter 14 Jahren beziehen.

3. Im übrigen werden die Polizeibehörden angewiesen, soweit es gesetzlich möglich ist, auf die Einschränkung der Fastnachtstribunen hinzuwirken, sowie dafür zu sorgen, daß auch bei den zugelassenen Fastnachtveranstaltungen alle Auswüchse unterbleiben, insbesondere, daß die halbwegsige Jugend, sowie Personen, die in ungeeigneter Kleidung erscheinen oder sich unziemlich benehmen, ferngehalten oder entfernt werden.

Durch diese Anordnungen sind m. E. die ausreichenden Maßnahmen getroffen, um zu verhindern, daß bei karnevalistischen Veranstaltungen ein zuchtloses Treiben stattfindet, wie es in der kurzen Anfrage mit Recht beanstandet wird. Allgemein auch harmlose Vergnügungen zu verbieten, scheint mir angesichts der mitzuberichtigenden, sehr beachtlichen wirtschaftlichen Gesichtspunkte nicht angezeigt zu sein.

Es wird noch bemerkt, daß im benachbarten Württemberg im wesentlichen die gleiche Regelung, wie oben erwähnt, getroffen wurde.

Einstellungen von Polizeianwärtern in die Badische Polizei

Meldungen zur badischen Polizei sind an die Polizei- und Gendarmerieschule in Karlsruhe (Moltkestraße) zu richten. Die Einstellung setzt körperliche volle Tauglichkeit voraus; den Gesuchenden eigenhändig geschriebener Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Zustimmungserklärung des Vaters (Mormunds) beizulegen. Aber die Einstellungsbedingungen im einzelnen gibt die Schule nähere Auskunft. Die Einstellung erfolgt jeweils im Herbst. Für die Einstellungen von Polizeianwärtern sind in den Einstellungsbedingungen für das Lebensalter Mindest- und Höchstgrenzen festgesetzt. Das Höchstalter für die Einstellung ist das vollendete 20. Lebensjahr. Als Stichtag wird der 1. Oktober des Jahres (Einstellungsjahres) zugrunde gelegt. Bei der sehr großen Zahl von Bewerbern können auch in diesem Jahre Ausnahmen hinsichtlich der Altersbestimmungen nicht zugestanden werden.

Der badische evang. Oberkirchenrat und der Bund der Religiösen Sozialisten

Der Evangelische Oberkirchenrat wendet sich in einer von der Evangelischen Pressekorrespondenz veröffentlichten Auslassung gegen Behauptungen und Vorwürfe, die der Vorstand des Bundes religiöser Sozialisten in Nr. 1 des „Religiösen Sozialisten“ vom 3. Januar 1932 in einer Erklärung zur Beurteilung des früheren Pfarrers Edert erhoben hat.

Dort wurde u. a. gesagt, „die badische Landeskirche würde die Gewaltpropaganda der nationalsozialistischen Pfarrer nicht nur ertragen, sondern fördern“. Diese Behauptung — so erklärt der evang. Oberkirchenrat — stelle eine glatte Unwahrheit dar, für die es dem Bund religiöser Sozialisten an jedem Beweis fehlt und fehlen muß. Die Kirchenbehörde sei bisher gegen jeden ihrer Geistlichen, der sich in ähnlicher oder gleicher Weise gegen die Ordnungen der Kirche vergränzen habe, wie der frühere Pfarrer Edert, eingeschritten und werde es in Zukunft weiter tun, auch wenn der Pfarrer der NSDAP. angehöre. Wenn durch das Vorgehen etwa gegen nationalsozialistische Pfarrer nicht ein solcher Ansturm entstanden sei, wie er seinerzeit durch Herrn Edert und seine politische Partei heraufbeschworen wurde, so liege das darin, daß diese Geistlichen sich bisher den Anordnungen der Kirchenbehörde gefügt haben.

Es sei ebenso eine zu rein politisch-agitativen Zwecken aufgestellte unwahre Behauptung, daß die Landeskirche „in erster Linie Schützerin bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaftsordnung und Weltanschauung ist und sein will“.

Die Auslassung bezeichnet es schließlich als irreführend, wenn behauptet werde, daß das Urteil gegen Edert irgendwie die Zugehörigkeit von Kommunisten zur Landeskirche verneint habe. Davon sei keine Rede. Die Kirche habe wohl Herrn Edert unter Berücksichtigung des besonderen Falles seines Pfarramts entsetzt, ihn niemals aber aus ihren Mauern hinausgewiesen und werde das auch gegen andere Kommunisten nicht tun, die nach den in der Kirche bestehenden Ordnungen Gottes Wort hören und die Sakramente gebrauchen wollen.

Zum Präsidenten des Badischen Landesfeuerwehverbandes wurde als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Heberle am Sonntag in Donaueschingen von der Delegiertenversammlung der Kommandant der Heidelberger Feuerwehr, Architekt Müller, einstimmig gewählt.

Schütze den Hals!

pflege ihn täglich — gurgle trocken

90 u. 45 Pf. mit 

Verwarnung des „Sakenkreuzbanners“ in Mannheim

Die nationalsozialistische Zeitung „Sakenkreuzbanner“ in Mannheim bringt in der Nummer 7 vom 9. Januar 1932 unter der Überschrift „Gute Miene zum bösen Spiel“ im Anschluß an die Wiedergabe einer Mitteilung des Amtlichen Preussischen Pressedienstes über den Termin der preussischen Landtagswahlen die Säge:

„Wir sind von den Ausführungen des Herrn Weismann nicht so sehr überzeugt. Die preussische Regierung hat in mehr als Duzenden von Fällen bewiesen, daß sie es mit der Verfassung nicht so genau nahm, wenn es galt, die demokratischen Kräfte zu schaden.“

Durch diese Behauptung wird, nicht zuletzt wegen der Anzweiflung der eindeutigen Erklärung des Staatssekretärs Dr. Weismann, die preussische Staatsregierung böswillig verächtlich gemacht.

Der badische Minister des Innern hat deswegen den Verleger der Zeitung auf Grund der §§ 1 Absatz 1 Ziffer 2 und 12 Absatz 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 verwarnt und darauf hingewiesen, daß auf Grund dieser Vorschriften im Wiederholungsfall ein Verbot ausgesprochen werden würde.

Zum Lohnabbau in der badischen Textilindustrie

Eine Antwort an Herrn Plattner

Auf seine Anfrage an die badische Regierung, welche Herr Plattner in „Führer“ veröffentlichte, hat jetzt der Minister des Innern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Gau Baden, die folgende Antwort gegeben:

Die Lohnunterschiede in der badischen Textilindustrie sind dem Ministerium schon länger bekannt und Gegenstand besonderen Interesses. Da im Zeitpunkt des Inkrafttretens der 4. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 ein Lohntarifvertrag für die badische Textilindustrie nicht mehr bestand und demnach auf die Löhne der Textilarbeiter die gesetzliche Regelung des 6. Teils Kapitel 1 der genannten Verordnung keine Anwendung findet, sind zunächst die Schlichtungsinstanzen zu einem Eingreifen auf Grund der Schlichtungsverordnung und der Ausführungsbestimmungen hierzu zuständig. Nach meiner schon seitherzeit getroffenen Feststellung ist auch der Schlichter für Süddeutschland mit der Angelegenheit bereits befaßt. Vor Durchführung des Schlichtungsverfahrens muß von besonderen Schritten abgesehen werden.

Beide gewerkschaftliche Nichtigungen der Textilarbeiter hatten den Schlichter schon am 29. Dezember 1931 angerufen, was offenbar dort infolge mangelnder Beziehungen zu den Gewerkschaften nicht bekannt war.“

Ministerialdirektor Dr. Fecht Mitglied des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung

Aus Berlin wird gemeldet: Der Herr Reichspräsident hat den stimmführenden stellvertretenden Bevollmächtigten Badens im Reichsrat, Ministerialdirektor Dr. Hermann Fecht, zum Ständigen Mitglied des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung im Nebenamt für die Dauer des von ihm bekleideten Staatsamts ernannt.

Zweite juristische Staatsprüfung im Frühjahr 1932

Der Beginn der diesjährigen Frühjahrsprüfung der Referendare ist auf den Vormittag des 6. Mai d. J. in Aussicht genommen. Anmeldungen zu dieser Prüfung sind in der Zeit vom 1. bis 21. März d. J. in der vorgeschriebenen Form beim Justizministerium einzureichen.

Aufnahme in das Staatstechnikum zum Sommerhalbjahr 1932

Anmeldungen zum Besuch des Staatstechnikums im bevorstehenden Sommerhalbjahr 1932 sind schriftlich spätestens bis zum 15. Januar an die Direktion der Anstalt zu richten. Die Aufnahmeprüfungen für die Fachklassen finden vom 21. bis 23. März und die Aufnahmeprüfungen für die Vorbereitungsklassen sowie sämtliche Nachprüfungen am 30. März statt.

Um die landwirtschaftliche Lagerhauszentrale in Tauberhofsheim

Auf die Anfragen der Abgeordneten Volkhard und Hoffmann wegen der Abwicklung der Geschäfte der Zentrale der Landw. Lagerhäuser W. Tauberhofsheim erteilte der badische Innenminister folgende Antwort:

„Der dem Landtag zu erstattende Bericht kann zur Zeit noch nicht vorgelegt werden, weil sämtliche Akten des Ministeriums dem Amtsgericht Mosbach in der Strafsache gegen Gustav Hoff, Mühlensbesitzer aus Langentrieden, vorliegen. Der Bericht kann erst erstattet werden, sobald die Akten dem Ministerium wieder zur Verfügung stehen; die vom Amtsgericht Mosbach gegen Hoff auf 9. Dezember 1931 angeordnete Hauptverhandlung ist vertagt worden. Inwiefern der Fiskus mit seiner Bürgerhaftsforderung gegenüber der Zentrale ausfallen wird, hängt wesentlich davon ab, zu welchem Kaufpreis die noch vorhandenen Vermögenswerte der Zentrale veräußert werden können. Verhandlungen über die Verwertung des Restvermögens sind im Gange, aber noch nicht abgeschlossen.“

Man wird also das Ergebnis der Hauptverhandlung gegen Hoff, die demnächst in Mosbach stattfindet, abwarten müssen.

Aus der badischen Industrie

Die Arbeitsmarktlage auf dem Schwarzwald hat sich — wie aus Willingen berichtet wird — in letzter Zeit sehr stark verschlechtert, vor allem durch die zollpolitischen Maßnahmen des Auslandes, insbesondere Englands. So mühen in der Metall- und Uhrenindustrie, die auf den Außenhandel angewiesen ist, eine größere Anzahl von Betrieben sich zur Stilllegung, Entlassung von Arbeitnehmern oder Kurzarbeit entschließen. Ebenso hat die Beendigung der Tunnelarbeiten an der Schwarzwaldbahn bei Triberg einen erheblichen Zugang an arbeitslosen Mineuren, Tagelöhner und Bauhilfsarbeitern gebracht. An Außenarbeiten werden auf dem Schwarzwald gegenwärtig fast nur Korstarbeiten, aber im geringem Ausmaße, getätigt.

Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Die Konza-Werke Filiale Weil haben, wie aus Verrath berichtet wird, mit Beginn des neuen Jahres die Arbeitszeit auf 36 bis 40 Stunden reduziert. Die Seidenweberei Schwarzenbach arbeitet nur zwei Tage in der Woche, während die Arbeitszeit bei den Färbereien Schusterinsel und Smetly auf 20-30 Stunden pro Woche reduziert worden ist. Lediglich die Schraubenfabrik Fahr und die Metallbandfabrik arbeiten noch voll. Die Stein- und Zementfabrik in Hornberg hat in den letzten Tagen verschiedene Nebenbetriebe stillgelegt. Durch diese Betriebsbeschränkung wurden 90 Arbeiter arbeitslos.

Aus der Zigarrenindustrie. Nachdem der größte Teil der Zigarrenfabriken in Untergrombach (bei Bruchsal) ihre Pforten vor Weihnachten geschlossen hatten, haben neuerdings zwei Betriebe wieder die Arbeit aufgenommen und den größten Teil der Belegschaft eingestellt.

Der Brand in der Kamie-Gesellschaft Emmendingen. Die Erste Deutsche Kamie-Gesellschaft teilt mit, daß der entstandene Brandschaden sich lediglich auf Vorräte bezieht. Die Fabrikation des Unternehmens und die Liefermöglichkeit werden durch den Brand in keiner Weise beeinträchtigt.

Aus der Landeshauptstadt

Todesfall. Im 68. Lebensjahre ist hier Kgl. Musikdirektor a. D. Emil Jergang nach kurzem schweren Leiden gestorben. Nachdem er vom militärischen Dienst verabschiedet war, betätigte er sich in Karlsruhe als Leiter verschiedener Musikkapellen und als Musiklehrer. Unter seiner Führung hat die Feuerwehrcapelle bei Wettbewerben mit anderen Kapellen, so u. a. bei dem Internationalen Musikfest in Zürich vor zwei Jahren, große Erfolge errungen.

Die neuen Postgebühren am 15. Januar. Die vom Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost beschlossenen Ermäßigungen der Inlandsgebühren für Fernbriefe, Fernpostkarten und Pakete treten, wie bekannt, mit dem 15. Januar in Kraft. Es werden ermäßigt die Gebühren: für den Fernbrief bis 20 g von 15 auf 12 Pf., also um 20 v. H., von 20 bis 250 g von 30 auf 25 Pf., also um 17 v. H., für die Fernpostkarte von 3 auf 2 Pf., also um 25 v. H. Für die Paketgebühren beträgt die Ermäßigung durchschnittlich 20 v. H. Die neuen Inlandsgebühren für Briefe und Postkarten gelten auch im Verkehr mit dem Saargebiet, der Freien Stadt Danzig, Litauen und Memelgebiet, Luxemburg und Österreich.

Karlsruher Fremdenverkehr. In der Stadt Karlsruhe sind im Jahre 1931 120 000 Fremde angekehrt, gegenüber 140 000 im Vorjahre 1930. Die Ausländer stellten mit 11 000 etwa 10 Prozent der Besucherzahl. Eine steigende Frequenz zeigten Holländer, Engländer und Franzosen. Auffallend zurückgegangen (50 Prozent, wie in ganz Baden) ist die Zahl der Gäste aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Zahl der Übernachtungen betrug etwa 190 000 gegen 236 000 im Jahre 1930.

Gastbefehl gegen den früheren Kassierer bei der Schaffnerbank. Wie das „Karlsruher Tagbl.“ erfährt, ist am Mittwoch gegen den früheren Kassierer der Schaffnerbank, Theodor Sattler aus Lindenberg im Allgäu, Gastbefehl erlassen worden. Sattler ist im Juli vorigen Jahres, wenige Tage nach seiner Ernennung zum Prokuristen der Schaffnerbank, mit circa 12 000 M. „abgereist“ und zum Termin vor dem Schöffengericht am Mittwoch, wo er sich wegen Untreue und Unterschlagung zu verantworten hatte, nicht erschienen. Die Unterschlagung des Sattler hat wesentlich zum Zusammenbruch der beiden Unternehmen, Schaffnerbank und Schaffnergilde, beigetragen.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Donnerstagmorgen: Ein Ausläufer der im Norden Europas vorüberziehenden Zyklone hat unser Gebiet noch gestreift und uns heute nacht im ganzen Lande Regen gebracht. Ansehend hat es wieder aufgehört und die Temperaturen sind vorübergehend gestiegen und liegen auch im Gebirge etwas über Null. Heute früh begann es aufzuheizen. Von Westen ziehen nun kaltere Luftmassen heran, so daß wieder mit fortschreitender Abkühlung zu rechnen ist. Kennenswerte Niederschläge sind nicht mehr zu erwarten. Voraussage: Allmählicher Temperaturrückgang, zeitweise heiter und vorwiegend trocken bei schwachen westlichen und später nordöstlichen Winden.

Wasserstände: Waldshut 254 minus 11, Basel fehlt, Schusterinsel 122 minus 10, Rheinweiler 116 minus 12, Nehl 283 minus 16, Maxau 483 minus 26, Mannheim 422 minus 44, Gaub über 200 Zentimeter.

„Aur eine Mandelentzündung“

„Mandelentzündung“ heißt die Krankheit des Tages. Das ist durchaus nichts Ungewöhnliches oder Beunruhigendes; denn alljährlich pflagen um die Weihnachtszeit die Erkältungskrankheiten, zu denen auch die Mandelentzündung rechnet, begünstigt durch den um diese Jahreszeit häufigen Wechsel von Kälte, Wind und Nässe, in verstärkter Zahl aufzutreten.

Eine einfache Mandelentzündung, die sich durch Fieber, Kopfschmerzen und Schluckbeschwerden kundgibt, und bei der der Arzt Schwellung, Rötung und meist weißlichen, punktförmigen Belag der zu beiden Seiten des Gaumens gelegenen Mandeln nachweisen kann, stellt an sich keine schwere Erkrankung dar. Sie heilt unter geeigneter ärztlicher Behandlung und Bettruhe gewöhnlich in wenigen Tagen ab. Allein selbst der Arzt kann einer Mandelentzündung bisweilen nicht ohne weiteres ansehen, ob sich hinter ihr nicht eine Diphtherie verbirgt oder ob sie nicht den Beginn einer Scharlach-Erkrankung darstellt. Schon diese Tatsachen sollten uns bei der Mandelentzündung zu erhöhter Vorsicht mahnen.

Abgesehen von diesen Möglichkeiten aber löst eine einfache Mandelentzündung manchmal schwere Nachkrankheiten des Herzens, der Nieren oder der Gelenke aus. Darum ist es nötig, die Anweisungen des Arztes sorgfältig zu beachten.

Bevor der Arzt kommt, können aber auch schon mancherlei Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden. Man bringe den Kranken sofort ins Bett, mache ihm einen Halsumschlag, der zweckmäßig aus einem um den Hals geschlungenen Tuch besteht, das man vorher in kaltes Wasser getaucht hat, und mit einem wollenen zweiten Tuch, einem wollenen Schal oder einem wollenen Strumpf, bedeckt. Weiterhin empfiehlt sich das Gurgeln mit einem geeigneten Gurgelwasser, etwa mit Wasserstoffsuperoxydlösung, die als Gurgelwasser in einer Verdünnung von einem Eßlöffel auf einen Tassenkopf Wasser bereitet wird.

Da es sich bei der Mandelentzündung um eine durch Bakterien hervorgerufene, übertragbare Krankheit handelt, so ist auch Vorsicht für die Umgebung der Kranken geboten. Man halte vom Kranken stets Abstand auf Armeslänge und vermeide ein Anhaften oder Anstehen durch ihn. Vor allem halte man Kinder von Kranken, die an Mandelentzündung leiden, möglichst fern.

In jedem Falle schein man der Mandelentzündung, wenn sie auch gegenwärtig etwas Alltägliches ist, die nötige Beachtung und begnüge sich nicht damit, zu sagen: Es ist ja „nur eine Mandelentzündung!“

Gemeindeverordnungen

Bürgermeisterwahlen. In Nubensbach (Amt Neustadt) wurde Wilhelm Kobs mit 76 Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat Wärmann erhielt 42 Stimmen. — In Niederwilt (Amt Waldshut) wurde Gemeinderat Lorenz Scheuble mit 135 von 203 abgegebenen Stimmen gewählt. Die Wahlbeteiligung war überaus stark, von 218 Wahlberechtigten haben 203 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. — In Göttingen (Amt Buchen) wurde Landwirt und Gemeinderat Eduard Kaufmann mit großer Stimmenmehrheit gewählt. — Die Bürgermeisterwahl in Dittersdorf ist ergebnislos verlaufen.

Durlach hat wieder einen Bürgermeister. Das Ministerium des Innern hat den Karlsruher Stadtoberrechtsrat Albert Herrmann auf die Dauer von zwei Jahren zum kommissarischen Bürgermeister von Durlach ernannt. Damit ist der nach dem Rücktritt des Oberbürgermeisters Böller und der kürzlich erfolgten Zurücksetzung des Bürgermeisters Ribert verwaiste Bürgermeisterposten, für den drei Wahlgänge keine Einigung bringen konnten, wieder besetzt. Bürgermeister Herrmann steht heute im 39. Lebensjahre. Er hat den Weltkrieg von Anfang an in vorderster Linie mitgemacht, und zwar in der Hauptrolle als Fliegeroffizier bei einem Kampfesgeschwader. Nach dem Kriege war Herrmann als Referent bei verschiedenen badischen Gerichten und Verwaltungsbehörden tätig. Nach Ablegung der zweiten juristischen Prüfung im Jahre 1921 wurde er ins Ministerium des Innern berufen, von wo aus er im Jahre 1922 in die Dienste der Stadt Karlsruhe übertrat und die Stelle als Stadtratsrat übernahm.

Die Waldshuter Bürgermeisterfrage. Eine vorbereitende Kommission für die Bürgermeisterwahl in Waldshut hat in einer Sitzung beschlossen, von den eingegangenen 50 Bewerbungen um den Bürgermeisterposten 5 Bewerber in die engere Wahl zu ziehen. Bei diesen 5 Bewerbern handelt es sich um Bürgermeister badischer Städte. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen berechtigt zu der Annahme, daß alle Parteien sich auf einen Kandidaten einigen werden. Dadurch dürfte nur ein Wahlgang erforderlich sein.

Der Mannheimer Bürgerauschuss wird sich am 18. Januar neben Tarifangelegenheiten auch über Straßenverordnungen mit einem Aufwand von 90 000 M sowie einigen Kreditüberreicherungen zu befassen haben. Ferner soll über eine Neuregelung der Gebührenordnung für die Tätigkeit der Ausgleichskammer beim Mieteneinigungsamt beschlossen werden. Der Stadtrat schlägt eine 10prozentige Senkung der Straßeneinigungsgebühren vor.

43 586 Personen suchen Arbeit. Das Arbeitsamt Mannheim zählte am 31. Dezember 1931 insgesamt 43 586 Arbeitslose, davon 34 485 Männer und 9101 Frauen. Die Zunahme beträgt im Vergleich zum letzten Stichtag vom 15. Dezember 1931 1457 Personen. Von den Arbeitsuchenden entfallen auf die Stadt Mannheim 26 826 Männer und 7063 Frauen, auf die Randgemeinden 7659 Männer und 2036 Frauen. Unterstützung haben bezogen 20 521 Personen, und zwar Arbeitslosenunterstützung 10 204 und Arbeitslosenunterstützung 10 317 Personen. Zu den Unterstützungsberechtigten kamen noch 25 088 zuschlagsberechtigte Ehegatten und Kinder.

Senkung der Gas- und Strompreise in Heidelberg. Die Ersparnis bei den städtischen Werken infolge der Zinsenkung und der Lohn- und Kohlenpreissenkung beläuft sich auf insgesamt 228 000 M. Wie die Stadtverwaltung mitteilt, soll diese Ersparnis in vollem Umfang zur Senkung der Tarife, insbesondere bei den Gas- und Strompreisen, Verwendung finden. Die Verbraucher werden schon für den Monat Januar in den Genuß der verbilligten Tarife gelangen.

Der Gemeinderat Schwetzingen stimmte von zwei Vorschlägen zur Erweiterung des städtischen Krankenhauses (äußere Lösung des Ausbaues) der Ausführung nach Vorschlag I zu und im übrigen dem Ausbau und der Instandsetzung nach Maßgabe der im Entwurf vorgelegten Pläne des Stadtbauamts vom 15. Dezember. Genehmigt wird die gleichzeitige Einrichtung einer Zentralheizungsanlage mit Warmwasserbereitung. Der überschlägliche Gesamtaufwand ist mit 51 000 Reichsmark ermittelt. — Die Stadtgemeinde tritt der Spargehilfen- und Abgabengesellschaft des Schwetzingener Anbaugelbiets als Mitglied bei und beteiligt sich mit 10 Geschäftsanteilen. — Mit Wirkung vom 1. Jan. 1932 werden die Verkaufspreise ermäßigt.

In der Bürgerauschuss-Sitzung Waldshut b. Wiesloch stand die Vereinbarung mit dem neugewählten Bürgermeister Horst zur Abstimmung, nach welcher dieser außer einem Gehalt von 200 M pro Monat und den üblichen Nebengebühren den sogenannten „Bürgerbonus“ in doppelter Höhe erhalten soll. Fast alle Fraktionen nahmen gegen diese Bestimmung, die in der heutigen Zeit als ungerührt empfunden werden müsse, Stellung. Die Vorlage wurde mit 54 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Vor zwei Jahren war ein Beschluß des Bürgerauschusses, der diese in der Gemeindeordnung verankerte Bestimmung aufhob, vom Bezirksrat als ungesetzlich annulliert worden.

Strompreissenkung des Elektrizitätswerks Mittelbaden AG. Das Elektrizitätswerk Mittelbaden AG. in Rahr teilt mit, daß ihr Verwaltungsrat den Preis für elektrischen Strom beim Raumbührentarif und bei dem Laden- und Wirtschaftstarif von 15 auf 12 Pf. herabgesetzt hat. Der Raumbührentarif soll allgemein für sämtliche Wohnungen in den Städten und in den von dem Elektrizitätswerk Mittelbaden AG. versorgten B-Gemeinden in Anwendung gebracht werden.

Der Gemeinderat Nehl hat in seiner letzten Sitzung eine Senkung des Schulgeldes um 10 Proz. beschlossen. Die Stadt wird in diesem Jahr von einer Faschingsveranstaltung in der Stadthalle absehen. — Ferner hat der Gemeinderat beschlossen, daß künftig die städtische Turnhalle politischen Turn- und Sportvereinigungen nicht mehr zur Verfügung gestellt wird.

Heidelberger Fremdenverkehr — 49 000 weniger als im Vorjahr. Die Gesamtsumme der Fremden im Jahre 1931 betrug 184 891 (234 008), davon kamen aus Deutschland 150 814 (178 874) und aus dem Ausland 34 077 (55 134). In Hotels und Gasthäusern übernachteten 74 523 Inländer (96 785) und 29 201 Ausländer (47 614).

Freiburg erhält vorstädtische Kleinfriedlung. Der Stadtrat Freiburg i. Br. hat sich in seiner letzten Sitzung für eine Ansiedlung von Erwerbslosen (vorstädtische Kleinfriedlung) ausgesprochen, sofern die für diesen Zweck beantragten Reichsmittel bewilligt werden. Das erforderliche städtische Gelände soll in Erbauung gegen einen mäßigen Erbbauzins zur Verfügung gestellt werden. Vorbehaltsmäßig der Zustimmung des Bürgerauschusses übernimmt die Stadt die selbstschuldnerische Bürgschaft für die der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Familienheim e. G. m. b. H. in Freiburg i. Br., die die Trägerin der Kleinfriedlung sein wird, aus dem mit der Bau- und Bodenbank AG., Berlin, abzuschließenden Vertrag, obliegenden Verpflichtungen. — Aus Anlaß der Immatrikulation des 4000. Studenten werden auf Vorschlag des eingekerkerten besonderen Ausschusses vier Stipendien von j 400 RM verliehen.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Kandern, 18. Jan. Der im vergangenen Jahr nach mehr als 33jähriger Tätigkeit im Dienste der Stadtgemeinde Kandern in den Ruhestand getretene Ratsschreiber Hagin wurde durch eine Anerkennungsurkunde des Innenministers geehrt.

D3. Konstanz, 18. Jan. Die Umbauarbeiten auf der Insel Mainau haben bisher keine Unterbrechung erfahren und werden in dem ursprünglich vorgesehenen Umfang auch durchgeführt. Prinz Lennart von Schweden, der seit Anfang dieser Woche in Konstanz weilt, wird am Donnerstag oder Freitag nach Schweden zurückkehren und dann nach seiner Vermählung auf der Insel Mainau seinen Einzug halten.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	14. Januar		13. Januar	
	Geld	Devisen	Geld	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.98	169.32	169.03	169.37
Kopenhagen 100 Kr.	79.12	79.28	78.72	78.88
Italien . . . 100 L.	21.30	21.34	21.24	21.28
London . . . 1 Pf.	14.41	14.45	14.35	14.39
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.50	16.54	16.50	16.54
Schweiz . . . 100 Fr.	81.92	82.08	81.97	82.13
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Diskonterhöhung in Belgien. Die Belgische Nationalbank hat ihren Diskontsatz von 2½ auf 3½ Prozent erhöht.

Diskonterhaltung der Imperial Bank von Indien. Die Imperial Bank of India hat ihren Diskontsatz von 8 Proz. ermäßigt.

Verbilligte Geschäftskredite nur im Handelskammerbezirk Mannheim. Vor einiger Zeit hat die Handelskammer Mannheim mitgeteilt, daß ihr zur Verbilligung von Geschäftskrediten unter bestimmten Voraussetzungen Mittel zur Verfügung stehen. Diese Mittel hat vielfach zu irigen Auffassungen geführt. Die Handelskammer Mannheim stellt daher fest, daß in den Genuß der Zinsverbilligung nur Firmen des Handelskammerbezirks Mannheim gelangen können. Sie stellt ferner fest, daß die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nicht zur Kreditgewährung selbst verwendet werden, sondern lediglich zur Verbilligung von Zinsen für Kredite, welche die Antragsteller von Banken, Sparkassen oder privater Seite erhalten haben.

Die Weineinfuhr nach Deutschland. Nach einer Statistik im Dezemberheft von „Bull. internationale du vin“ geht die Einfuhr von Auslandsweinen in Deutschland immer mehr zurück. Sie betrug 1913 1,16 Mill. Hektoliter, 1929 1,02 Mill. Hektoliter und 1930 0,78 Mill. Hektoliter; sie wird 1931 kaum 0,5 Mill. Hektoliter erreichen. Der Rückgang der Einfuhr verteilt sich auf alle Länder gleichmäßig. Chile, das 1929 noch 14 900 Hektoliter nach Deutschland einfuhrte, konnte 1930 nur noch 7200 Hektoliter absetzen.

Für internationale Kohlenverhandlung. Die dreitägigen Verhandlungen der Kohlenkommission in Genf haben mit der Feststellung abgeschlossen, daß die Kohlenkrise nur durch eine internationale Verhandlung beendet werden könne. Man spricht bereits von einem internationalen Kohlenkartell.

Der schweizerische Außenhandel 1931. Im Jahre 1931 hat die Schweiz für rund 2250 Millionen Franken Waren eingeführt gegenüber 2684,2 Millionen im Jahre 1930. Die Ausfuhr ist von 1767,2 Millionen Franken auf 1349 Millionen zurückgegangen. Der Passivsaldo für 1931 beträgt somit rund 901 Millionen gegenüber 896,7 Millionen Franken im Vorjahre.

Der Basler Rheinhafenverkehr 1931. Im vergangenen Jahr erreichte der Basler Rheinhafenverkehr neue Rekordhöhen. Im ganzen Jahre wurden 1 278 661 Tonnen umgeschlagen, das sind 181 520 Tonnen mehr als im Vorjahr. Diese Gütermenge verteilt sich im Verhältnis von 1:3 auf Rhein und Kanal. Die im Jahre 1931 erreichte Gütertonnage übersteigt alle bisherigen Jahresmengen. Im Dezember 1931 wurden 68 131 Tonnen umgeschlagen, eine für den Dezember ebenfalls sehr hohe Zahl. Der gesamte Bergverkehr wickelte sich im vergangenen Monat auf dem Hünninger Zweigkanal ab, da der Wasserstand des Rheins selbst keinen Schiffsverkehr zuließ.



Badisches Landesstheater

Freitag, den 15. Jan. 1932

* F 15 (Freitagmiete)

Tz.-Gem. 1-100 u. 901-1000

Im weißen Röhl

Singspiel v. Ralph Benatzky

Dirigent: Schwarz

Spielleitung: Herz

Mitwirkende:

Blanc, Genter, Janz, Seiberlich, Seiling, Müllrich,

Brand, Ernst, Gemmede, J. Gröhinger, Höder, Hofpach,

Kainbach, Knebel, Rützer,

Rehner, R. Müller, Brüder,

Hölzer, G. Gröhinger,

Jung, Kilian, Kleinbusch,

Kuhr, Lindemann, Meyer,

S. Müller, Nagel, Sonntag

Anfang 20 Ende 23

Preise D (0,90—5,70 RM)

Sa. 16. 1. Nachmittags:

Sondervorstellung Volks-

bühne: Der gestiefelte

Kater. Abds.: Prinz Fried-

rich von Homburg. So.17.1.

Morgenfeier „Joh. Strauß“. Abends: Neu einstudiert: Der Troubadour. Im Kongresshaus: Neu einstudiert: Der Vetter aus Dingsda.

Walzschotterlieferung

Das Bad. Wasser- und Straßenbauamt Wosbach vergibt nach den Vorschriften der Reichsverordnungsordnung die Lieferung von etwa 2 000 cbm Hartgestein-Walzschotter mit Lieferfrist bis 31. März 1932.

Angebotsbordrücke mit Bedingungen sind, soweit der Vorrat reicht, vom Bauamt zu beziehen. Die Angebote sind verschlossen mit der Aufschrift „Walzschotterlieferung“ bis spätestens

Montag, den 25. Januar 1932, vormittags 11 Uhr, beim Bauamt einzureichen, zu welchem Zeitpunkt die Eröffnung stattfindet. M.791

B. 581. Karlsruhe. Das Kontratsverfahren über das Vermögen der Jtema-Elektr. Industrie Karlsruhe G.m.b.H. in Karlsruhe, Bettingstr. 3, wurde mangels Masse eingestellt. Karlsruhe, den 8. Januar 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 9.